

Die Krise der Parteien

Autor(en): **Poulantzas, Nicos**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **2 (1982)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652150>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Krise der Parteien

In den entwickelten kapitalistischen Ländern beginnt heute ein neuer autoritärer Etatismus (1) Wurzeln zu schlagen, während gleichzeitig die Rolle der politischen Parteien im Abnehmen begriffen ist, (2) womit die Bahn frei wird für jene Einschränkung der Freiheitsrechte, die auch durch eine allgemeinere Formveränderung des Staates gefördert wird. (3) Die ökonomische und soziale Realität wirkt sich zweifellos auf die Krise des Parteiensystems aus, aber vermittelt über die politischen Institutionen und über die Ideologie, die sich transformieren: So geht beispielsweise die Zunahme der repressiven Gewalt des Staates mit einer Reform seiner Legitimationsgrundlagen (4) einher. Der Staat antwortet auf seine eigene Krise, indem er sich reorganisiert.

Diese neue Repression greift nicht nur auf „symbolische“, sondern auch offene Gewalt (violence) zurück, die unterschiedliche Formen annimmt: Einschränkung der Freiheitsrechte, elektronische Datensysteme, Abbau der Persönlichkeitsrechte, Ausbau des Polizei- und Justizapparates, so daß zwischen ihnen eine organische, minuziös kontrollierbare und straffe Verbindung zustande kommt. Und um diese Entwicklung zu verschleiern, integriert die Rechte innerhalb ihrer eigenen grundlegenden Umstrukturierung in ihren politischen Diskurs libertäre Themen (5), die seit 1968 ihre Positionen erschüttert hatten; (6) sie macht sich damit die kulturelle Integrationsfähigkeit des Kapitalismus zunutze, die sich für jegliche Vereinnahmungen eignet. (7)

*

Die Originalität dieser neuen Ideologie beruht auf Widersprüchen, die sie innerhalb ihres Systems miteinander zu verbinden fähig ist:

— Indem diese Ideologie auf den Irrationalismus zurückgreift, setzt sie gegen den Marxismus und gegen den Rationalismus der Aufklärung eine Offensive in Gang, die sich eine Rückkehr zum Sakralen (bzw. einen Neospiritualismus) zunutze macht. Diese geht zwar über eine bloße Reaktion auf eine ideologische Krise hinaus, läuft aber auf eine von Gesetz und Allgemeinwillen losgelöste instrumentelle Rationalität und technokratische Logik hinaus. (8)

— Im Namen des Neoliberalismus und unter dem Deckmantel einer Befreiung des Individuums eignet sich die Ideologie der Rechten den Diskurs des Anti-Etatismus an. Gleichzeitig fährt der Staat fort, die Sphäre der Reproduktion des Kapitals zu kontrollieren, während er in Zeiten der Wirtschaftskrise die sozialpolitischen Funktionen des Vorsorge-Staates (9) abzubauen versucht, die ihm die Volksmassen aufgezwungen hatten.

— Im Namen der Sicherheit der Staatsbürger verbreitet die herrschende Ideologie einen Diskurs über „Recht und Ordnung“, bzw. über die Notwendigkeit, den „Mißbrauch“ der demokratischen Rechte einzuschränken (so etwa die Trilaterale Kommission) (10) und praktiziert zugleich eine autoritäre Politik.

– Im Namen pseudowissenschaftlicher Thesen über die „biologische Ungleichheit“ hat die Ideologie der Rechten eine Erneuerung des Rassismus in Gang gebracht, der sich gegen die Arbeitsimmigranten richtet, gegen die Dritte Welt oder gegen die erdölproduzierenden Länder. Ihnen wird die Schuld an der gegenwärtigen weltweiten Krise zugeschrieben, während diese Krise die Idee einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der Solidarität der Völker zum Tragen bringt.

*

Diese Reorganisation des Inhalts des *herrschenden* Diskurses antwortet auf eine Modifikation der Kanäle und Apparate, die ihn ausarbeiten und verbreiten; zugleich ist sie eine Folge davon und bestätigt jene. Die Legitimationsprozeduren des Staates entziehen sich tendenziell den politischen Parteien und verlagern sich in den Verwaltungsapparat. (11) Dieser Entwicklung entspricht die Tatsache, daß die zentrale ideologische Funktion von Schule und Universität an die mächtigen Informationsorgane übergeht. Dieser Übergang hat die erstgenannte Verlagerung zur Grundlage; denn die Neuverteilung der Informationsmedien geht mit einer wachsenden Kontrolle einher, die die staatliche Verwaltung über sie ausübt, während die Logik und Symbolik, die in diesem Diskurs der Medien ins Werk gesetzt werden, getreu diejenigen der Verwaltung reproduzieren. Diese Erscheinungen verweisen auf eine Grundlagenkrise und einen Niedergang der politischen Parteien: Dort, wo die Entscheidungen fallen, sind sie kaum noch gegenwärtig. Nachdem sich die Orte, an denen Entscheidungen getroffen werden, bereits vom Parlament in die Exekutive verlagert hatten, nahmen sie durchaus noch die Funktion wahr, eine politische Organisation und Repräsentation der Klasseninteressen gegenüber der Verwaltung (oder auch in ihrem Inneren) zu gewährleisten, deren privilegierte Gesprächspartner sie blieben. Darüberhinaus bildeten sie ideologische Apparate von erstrangiger Bedeutung, indem sie im wesentlichen einen auf dem Allgemeinwillen begründeten Diskurs ausarbeiteten und weitervermittelten, welcher die Institutionen der repräsentativen Demokratie ideologisch untermauerte. Sie waren es, die den Rechtsstaat garantierten (vom Fall der faschistischen Parteien abgesehen).

Gegenwärtig ist die Verwaltung selbst dabei, die Funktion des zentralen politischen Organisators zu usurpieren – als wirkliche Partei der herrschenden Klassen, die dazu bestimmt ist, sich auch die Volksmassen unterzuordnen: Die Hegemonie des multinationalen Monopolkapitalismus (12) innerhalb der Allianz an der Macht ist, so kann man vermuten, an diese Usurpation gebunden.

Die Verwaltung stellt den Ort dar, an dem Entscheidungen getroffen werden. Und zu diesem Zweck wendet sie sich unmittelbar an die unterschiedlichen sozialen und beruflichen Gruppen, wodurch die Entwicklung eines institutionellen Neokorporatismus und eines vertikalen Neoklientelismus gefördert wird.

Daraus ergibt sich die Krise, in der die „Parteien der Macht“ hinsichtlich der Repräsentativität stecken, mit Bezug auf die Klassen und Gruppen, die sie repräsentieren. Das gilt um so mehr, als die Legitimation – aufgrund eines

beschleunigten Übergangs von der Volkssouveränität zu der Souveränität des Staates – eben auch in den Händen der Verwaltung liegt. Damit findet der Diskurs der Technokratie in der Verwaltung einen bevorzugten Ort seiner Propagierung. Der neoliberale Diskurs verteidigt ja ebenso die Legitimation des Staates durch sich selbst, mit seiner Vorstellung vom Staat als Schiedsrichter des sozialen Spiels, das von den gesellschaftlichen Akteuren bestritten wird. Dasselbe gilt schließlich für den neuen Rassismus, der von der Technokratie unter dem Vorwand des Krisenmanagements auf den Weg gebracht wird, der eine Gesetzgebung mit einschließt, die den Arbeitsimmigranten feindlich gegenübersteht, sowie eine Psychose der Feindschaft gegenüber der Dritten Welt.

Der Gesamtzusammenhang von Einstellungen, der sich daraus ergibt, verstärkt seinerseits die Vereinheitlichung und die Verflachung der herrschenden Ideologie ebenso wie die plebiszitär-populistischen Formen der Herstellung von Konsens und die Hermetik der Sprache der Sachverständigen.

*

Die institutionelle Krise trifft zunächst diejenigen politischen Formationen, die regelmäßig an der Regierung teilnehmen – unter ihnen auch die sozialdemokratischen Parteien. Daß sie in Deutschland oder in Großbritannien an die Macht gekommen sind, stellt keine wirkliche politische Ersatzlösung mehr dar. Und darüberhinaus gelingt es den einzelnen Staatsbürgern auch nicht mehr – sowenig es auch angeht, diese Parteien als bloße Repliken der Parteien der politischen Rechten zu betrachten (13) – eine auf klare Unterscheidungen gegründete Entscheidung zwischen austauschbaren Führungseliten zu treffen (ganz wie in der „Konkurrenzdemokratie“ Schumpeters). Die gegenwärtig laufende Entwicklung geht in Richtung auf die Herausbildung einer Art von Einheitspartei, die auf der institutionellen Vermischung der Kräfte der Mehrheitspartei mit denen der wichtigsten Oppositionspartei beruht.

Aber auch die anderen sozialistischen und eurokommunistischen Parteien, die nicht in Reichweite der Regierungsmacht stehen, haben die Konsequenzen dieser Entwicklung zu spüren bekommen. Das Verfahren der plebiszitären Legitimation und der Prozeß der Personalisierung der Macht verstärkt tendenziell ihren bürokratischen Charakter. Sie laden die Führung dieser Parteien geradezu dazu ein, die großen Informationsmedien dafür einzusetzen, ihre eigene Basis zu disziplinieren. Diese Art von Arbeiterparteien auf Massengrundlage steckt darüberhinaus selbst in einer Krise, was ihre politische Strategie, ihre Ideologie und damit auch ihre Identität angeht. Für die eurokommunistischen Parteien geht es dabei darum, das stalinsche Modell in Frage zu stellen, wie es die III. Internationale definiert hat, was die spezifische Parteiform und den Typus des Sozialismus angeht, den man anstrebt. Für die sozialistischen Parteien (insbesondere für die Frankreichs, Italiens und Spaniens) geht es vielmehr darum, sich der Frage zu stellen, was die Sozialdemokratie politisch noch sein kann, nachdem einerseits die keynesianischen Illusionen eines planenden Staates zusammengebrochen sind, der die kapitalistischen Krisen meistert, und andererseits die Chancen für einen Kompromiß zwischen

den herrschenden und den beherrschten Klassen aufgrund der gegenwärtigen Krise gesunken sind.

Dieses In-Frage-Stellen ruft wechselnde Momente von Zögern und Zurückhaltung hervor – auf dem Weg eines Übergangs zu einem demokratischen Sozialismus, der sich sowohl vom Stalinismus wie von der Sozialdemokratie unterscheiden soll. Aber die grundlegende Ursache dieser Krise der Linken, die vor allem sozialer Natur ist, wird anscheinend dabei verfehlt: Die kommunistischen Parteien und die Labour-Parteien haben sich eine Struktur als Arbeiterparteien gegeben. Sie waren aber höchstens Parteien mit einer Vorherrschaft der Arbeiter. Diese Parteien haben sich auf der Grundlage der inneren Widersprüche der Fabrik organisiert (Partei und Gewerkschaft „Zweizylindermotor“) und auf der Grundlage der relativ homogenen Arbeitsbedingungen, die dort herrschen. In dieser Weise sind die kommunistischen Parteien an Probleme der Organisation herangegangen, aber durchaus auch die englischen, deutschen oder schwedischen sozialdemokratischen Parteien (im Unterschied zur sozialistischen Partei Frankreichs).

*

So verlagert sich der soziale Kampf gleichzeitig mit dem Legitimationsprozess des Staates. Die Erweiterung des Etatismus in alle Bereiche des Alltäglichen – in den Konsum, in die Reproduktion der Arbeitskraft (Wohnen, Verkehr, Gesundheitswesen), die Ausbreitung der administrativen Verfahren, aber auch die Wirtschaftskrise und Krise des Sozialstaates, die vor allem bestimmte gesellschaftliche Gruppen betreffen (Jugendliche, Frauen, Arbeitsimmigranten, Einwohner einiger Regionen). Dies alles führt zu einer schleichenden Legitimationskrise, ohne daß dadurch allerdings ein Bruch des Konsens herbeigeführt wird, auf dem die Klassenherrschaft beruht.

Aber die Revolten der Volksmassen finden auch neue Ausdrucksformen: der Generalstreik oder der umfassende politische Entwurf, wie sie in der „wilden“ Krise der 30er Jahre eingesetzt wurden, bleiben heute etwas Ungewöhnliches. Selbst wo sie sich innerhalb der Arbeiterklasse abspielen, finden heute derartige Revolten oft in den Bereichen statt, die dem eigentlichen produktiven Apparat vor – oder nachgelagert sind, ohne daß sie deswegen etwas bloß Marginales wären, wie es noch vor wenigen Jahren gewesen ist. Sie leisten die Verdichtung eines diffusen Protestes der Bevölkerung, indem sie ihn in die Sphäre der Kultur übertragen. Studentenbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung, regionalistische Bewegungen verkörpern so Klassenwidersprüche – ganz im Gegensatz zu den von Alain Touraine vertretenen Thesen (14). Diese sozialen Bewegungen befinden sich nicht etwa im Gegensatz zum Klassenkampf, sie sind vielmehr selbst ihrer inneren Natur nach an die ökonomischen, politischen und ideologischen Widersprüche gebunden, die in der gegenwärtigen Form der Reproduktion des Kapitals liegen. Dennoch bewahren diese Revolten durchaus ihren spezifischen Charakter: Sie nehmen die Klassenkonflikte auf, ohne sich darauf zu reduzieren.

Diese Bewegungen „ausserhalb der Fabrik“ beziehen sich auf unterschiedliche

gesellschaftliche Klassen, die sie in sich zusammenfassen. Sie decken ein vielfältiges Feld ab, das unter dem Gesichtspunkt der Lebensbedingungen recht heterogen ist. Ihre innere Vielfalt *bringt* die beträchtliche Ausweitung zum *Ausdruck*, die diejenigen Bevölkerungsschichten erfahren haben (d.h. das neue Kleinbürgertum der Beamten, der Techniker, der *Führungskräfte* und der qualifizierten Angestellten), für die die Form der politischen Partei und die solidarische Aktion eine geringere Bedeutung hat, das sie über einen höheren Grad von Mobilität und über die Möglichkeit verfügen, sich auch individuell um ihren sozialen Aufstieg zu kümmern. Die institutionellen Kanäle und die korporatistischen Aktionsformen liegen ihnen näher. Dabei werden auch in den Fabriken die Kämpfe intensiver. Aber die Wissenschaft hat – im Gegensatz zu den Illusionen, die darüber in den 60er Jahren verbreitet worden sind (15) – keineswegs in Richtung auf eine fortschreitende innere Homogenisierung der Arbeiterklasse auf den Arbeitsprozess eingewirkt. Ganz im Gegenteil hat sie dazu geführt, daß sich in einigen Hinsichten, die Trennungen innerhalb des Arbeitsprozesses verschärft haben durch die Vertiefung des Grabens zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen der Arbeit der Arbeitsimmigranten und der Arbeit der Einheimischen und auch innerhalb dieser beiden Arbeitsgruppen.

*

Dies sind die hauptsächlichen Gründe für die Krise der Arbeiterparteien auf Massenbasis – die in eben dem Augenblick auftrat, in dem ihre Gegenwart innerhalb der Gesellschaft, ebenso wie im weiten Feld der sozialen Bewegungen, notwendiger als jemals zuvor erscheint. Denn auf der Suche nach einem demokratischen Sozialismus muss es gelingen, eine vertiefte Gestalt der repräsentativen Demokratie und einen demokratischen Staat zu artikulieren, mit selbstverwalteten Zentren der *direkten* Demokratie. Die Parteien stellen ein wichtiges Mittel für diese Verknüpfung dar – auch wenn die Strömung, die intellektuell von Foucault, Guattari usw. repräsentiert wird, das negiert und eine *vollständige* Autonomie der sozialen Bewegungen fordert, die als einfache Vertreter von Mikro-Widerständen und von fragmentarischen Experimenten begriffen werden.

Dem Korporatismus, der Privatisierung und den neutralisierenden Vereinnahmungen durch die Bourgeoisie wird es gelingen, derartige Positionen zu erstellen – und zwar nicht etwa in der wenig wahrscheinlichen Erneuerung eines faschistoiden Poujadismus (16), sondern in Form einer „Amerikanisierung“, wie sie in der Tat den europäischen Gesellschaften droht. Die tiefgreifende Umgestaltung der Arbeiterparteien wird damit erforderlich, d.h. alle Reformen von der inneren Demokratisierung über die Anpassung der Beziehungen, die sie traditionell zu den Massenbewegungen unterhalten, an die veränderte Situation unter Berücksichtigung der sozialen Verschiedenheiten und Unterschiede, die in ihrem Inneren bestehen (beispielsweise die Intellektuellen). *Alle* diese Reformen werden notwendig. Sie werden ihnen ermöglichen, die Auswirkungen der Krise des politischen Systems unter Kontrolle zu bringen und dabei doch auf dem Terrain der sozialen Bewegungen gegenwärtig zu

bleiben.

Aber selbst diese Metamorphose wirft Grundsatzprobleme auf: Bis zu welchem Punkt können die Parteien sich selbst verändern, ohne sich in populistische Parteien zu verwandeln, die wahllos alles auffangen? Kaum wünschenswert erscheint, was die sozialen Bewegungen betrifft, ihre Integration in Parteien, die immer noch als Instanzen universeller Vereinheitlichung begriffen werden müssen, wie *schmiegsam* und demokratisch sie auch seien. Diese Bewegungen liefen Gefahr, sich darin aufzulösen und dabei ihre Originalität zu verlieren, um so mehr, als sie selbst noch nicht ihre eigenen Organisationsformen gefunden haben – und sollten sie dies überhaupt? Vielleicht ist eine gewisse unauflösliche Spannung zwischen den erneuerten Arbeiterparteien einerseits und den sozialen Bewegungen andererseits eine notwendige Bedingung für die dynamische Entwicklung hin zu einem demokratischen Sozialismus.

* Aus: *Le Monde Diplomatique*, Sept. 1979. Vgl. Repères, Maspéro, Paris 1982. Übersetzung und Anmerkungen von F.O. Wolf unter Mitarbeit der Redaktion.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. N. Poulantzas in: *Prokla* 36.
- 2 Ähnliche Thesen sind in der BRD – im Nachklang der Kritischen Theorie – von Narr u.a. (1980) und Greven (1980) vertreten worden. In einem umfassenden theoretischen Zusammenhang, der an ältere Arbeiten Poulantzas' auch explizit anknüpft, hat J. Hirsch (1981) diese These weiterentwickelt (vgl. a. Wolf 1982) – zu den politischen Konsequenzen dieser Positionen vgl. jüngst noch die Debatte über „Parteibildung von unten“ oder Parteifetischismus in „Links“ (April, Mai, Juni, Juli 1982).
- 3 Vgl. N. Poulantzas, in: *Annäherungen an den Sozialismus*, Hamburg 1980, 55-74.
- 4 Vgl. die Offe/Habermasschen Vorstellungen einer spezifisch spätkapitalistischen Legitimationskrise (die sich allerdings – m.E. kontrafunktional – noch auf eine andere Periode der staatlichen Politik in Westeuropa bezogen haben).
- 5 Vgl. z.B. B. u. D. Cohn-Bendit, *Linksradikalismus als Heilmittel gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*, Reinbek 1969.
- 6 Vgl. Rogers und Müller-Plantenberg in *Prokla* 42.
- 7 Die in diesem Fall noch durch die spezifische ideologische Konvertibilität von libertären in (radikal-)liberale Vorstellungen erleichtert wird (vgl. z.B. W. Vogt 1979).
- 8 Und damit von den beiden klassischen politischen Ausprägungen der praktischen Vernunft der bürgerlichen Aufklärung: vom liberalen Denken John Lockes ebenso wie vom demokratischen Gedanken Jean-Jacques Rousseaus.
- 9 Diese terminologische Entscheidung (Poulantzas spricht von „Etat-Providence“) ist keine Koketterie mit der rechten Sozialstaatskritik à la Ernst Forsthoff („Daseinsvorsorgestaat“ vgl. Forsthoff 1960). Vielmehr geht es darum, die spezifische Realität an institutionalisiertem „Soziallohn“ und ideologischen Machtapparaten, die den „keynesianischen Klassenkompromiss“ (vgl. Buci-Glucksmann 1982) produziert hat, überhaupt erst in den Blick zu bekommen. Und diese *Realität* wird m.E. von den globalisierenden Propagandisten und Apologeten des „Sozialstaates“ bzw. des „Wohlfahrtsstaates“ ebensowenig erfasst, wie von der *abstrakt* darauf zutreffenden „Kritik der Sozialstaatsillusionen“ (vgl. Müller/Neusüss 1970).
- 10 Hiernimmt Poulantzas die bürokratiekritischen Thesen von James Burnhams „Monogerial Revolution“ wieder auf, die trotz aller Problematisierungen eines der konstanten Themen der politikwissenschaftlichen Debatte seit den 40er Jahren gebildet haben (vgl. Kastendiek 1979).
- 11 Vgl. Poulantzas 1978.
- 12 Wie es Robert Michels grundsätzlich tut (vgl. Michels 1970).
- 13 vgl. Touraine 1977
- 14 vgl. v.a. Mallet 1963 und Gorz 1965
- 15 rechtspopulistische Bewegung im Frankreich der IV. Republik von 1958, etwa den kalifornischen Steuerrebellens oder der Anti-Steuer-Partei Mogens Glistrups im Dänemark der Gegenwart vergleichbar.

* N. Poulantzas: Neben seinen bekannten Schriften vgl.: *Note de recherche sur l'Etat et la société*. In: *Revue Internationale des Sciences Sociales*. Vol XXXII. No. 4. 1980